Fragwürdige Ehrungen?! – Die Neubewertung historischer Persönlichkeiten und die Umbenennung von Straßen und Preisen als Ergebnis von erinnerungskulturellen Debatten

Veranstalter: Arbeitskreis für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen
Datum, Ort: 16.11.2013, Hannover
Bericht von: Wolfgang Brandes, Stadtarchiv Bad Fallingbommel

Für Aufsehen sorgte es, als der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil bei der Vorstellung von Teresa Nentwigs Dissertation „Hinrich Wilhelm Kopf (1893–1961). Ein konservativer Sozialdemokrat“ aufgrund der neuen Erkenntnisse über dessen Tätigkeit für die Haupttreuhandstelle Ost nach den Auswirkungen fragte, die ein solch hoch problematisches Verhalten in der NS-Zeit für die Benennung von Straßen und Schulen nach dem ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten haben müsse. Der Arbeitskreis für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen nahm die daraufhin in der Öffentlichkeit entbrannte lebhafte Debatte zum Anlass, um grundsätzliche Überlegungen zum Thema „Fragwürdige Ehrungen?! – Die Neubewertung historischer Persönlichkeiten und die Umbenennung von Straßen und Preisen als Ergebnis von erinnerungskulturellen Debatten“ anzustellen.

Mit einem Blick nach Westfalen wurde die Tagung eröffnet. In seinem Vortrag „Straßenamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur?“ berichtete MATHIAS FRESE (Münster) über Erfahrungen, die im Zuge der Erstellung einer Online-Datenbank zur Straßenbenennungspraxis in Westfalen und Lippe während des Nationalsozialismus gemacht wurden.¹ Frese betonte, Straßennamen dienen nicht nur der räumlichen Orientierung, sondern sollten darüber hinaus an Personen, Orte und Ereignisse erinnern. Sie verwiesen auf die Zeit ihrer Verleihung und seien Speicher des kollektiven Gedächtnisses. Damit stellten sie ein Medium dar, mit dem die Erinnerung gesteuert werden solle. Straßenbenennungen seien somit

eine Form von Geschichtspolitik und zeigten ein ausgesprochen selektives Geschichtsbild. Straßenumbenennungen griffen demzufolge in die Erinnerungskultur ein.

In vergleichbarer Weise bot JOHANNA SÄNGER (Leipzig) einen Überblick über „Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR“. Nach der Gründung der DDR seien bei den Straßennamen unliebsame Namen verdrängt, repräsentative Plätze und Straßen für eigene Heldengestalten gesichert und somit mittels der Benennungspraxis zur sozialistischen Erziehung beigetragen worden. Bei der Umsetzung der Direktive Nr. 30 des Kontrollrates, derzufolge Symbole des Nationalismus und des Militarismus entfernt werden sollten, seien auch alte Bezeichnungen wie Fürstengraben entfernt und das sozialistische Geschichtsbild in allen Bereichen durchgesetzt worden. Militaristische, faschistische oder antidemokratische Benennungen sollten verschwinden, um stattdessen durch die Straßenbenennungen eine enge Verbindung zur antifaschistischen, volksdemokratischen Ordnung herstellen zu können. In den ab den 1960er-Jahren entstehenden neuen Wohnvierteln, den Plattenbausiedlungen, seien fast ausschließlich Straßenbenennungen nach Personen aus dem sozialistischen Namensraster vorgenommen worden. In der Benennungsverordnung von 1978 sei dann erstmals den Kommunen eine Empfehlung gegeben worden, wie durch Straßennamen Orientierung und Unverwechselbarkeit eines Stadtviertels hervorgehoben werden könne. Nunmehr seien beschreibende Namen empfohlen worden.

Auf „Städtisches Gedenken zwischen Herrschaftspolitik und Orientierungspraxis“ am Beispiel von Hannover im Nationalsozialismus waren die Ausführungen von PETRA SPONA (Lübbecke) ausgerichtet. Dort sei es gleich nach 1933 zu einer Reihe von Straßenumbenennungen gekommen, bei denen alle Namen von Juden und Sozialdemokraten aus dem Stadtbild getilgt und erstmals auch „nationale Aktivisten“ berücksichtigt worden seien. Dabei seien auch lokal bedeutsame Per-

¹Markus Weidner, „Die Straßenbenennungspraxis in Westfalen und Lippe während des Nationalsozialismus“, Internet-Portal „Westfälische Geschichte“, <<http://www.strassennamen-in-westfalen-lippe.lwl.org/>>, (27.6.2014).

sönlichkeiten aus der Ehrungspraxis zurückgedrängt worden. Seit Kriegsbeginn und besonders seit der Wende von Stalingrad seien vermehrt einfache Personen geehrt worden. Spونا erläuterte dann, dass sich mit der Methode des biographical mapping Aneignungsprozesse und ihre Formen erfassen ließen. Das biographical mapping funktioniere als Teil des mental mapping als strukturierender Filter für die Deutung des historischen und politischen Geschehens. Neben der individuellen biographical map existiere auch eine offiziöse Variante als Resultat wandelnder Anschauungen und Aushandlungen zwischen den Akteuren. Betrachte man die skizzierte Gedenkpolitik, so werde deutlich, dass im Laufe der Jahre eine stark veränderte offiziöse biographical map im Sinne des Nationalsozialismus erstellt worden sei.

Die aufgeworfenen grundsätzlichen Fragestellungen wurden an einer Reihe von Fallbeispielen eingehender erörtert. CLAUDIA FRÖHLICH (Hannover) befasste sich mit der Kontroverse um die Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises: 2012 hatte der Politikwissenschaftler Claus Offe den Preis zwar angenommen, sich zugleich aber explizit gegen die mit dem Namen Eschenburg verbundene Traditionsbildung gewandt. Eschenburg habe seine Mitgliedschaft in einer SS-Formation und seine Beteiligung an der Arierisierung eines Berliner Unternehmens in der Nachkriegszeit apologetisch geschönt. In der daraufhin entstandenen Diskussion habe sich Hans-Peter Schwarz jenem Narrativ angeschlossen, nach dem die Demokratisierung in der frühen Bundesrepublik durch die Integration der NS-Eliten in die Institutionen der Demokratie gelungen sei und diese Eliten, eingegliedert in die demokratischen Institutionen, die Bundesrepublik zum Erfolgsmodell und zur geglückten Demokratie hätten werden lassen. Dabei werde jedoch übersehen, dass diese Netzwerke die Rückkehr von Gegnern des NS-Regimes in ihre ehemaligen Funktionen verhindert hätten. Mittlerweile werde der Theodor-Eschenburg-Preis nicht mehr verliehen.

Als ein Beispiel für „Machtträger der NS-Diktatur als Namensgeber in der Nachkriegsdemokratie“ ging JOACHIM PERELS (Hannover) auf Karl Elkart (1880-1959) ein, nach

dem in Hannover eine Straße benannt ist, obwohl der seit 1925 als Stadtbaurat tätige Elkart nicht nur 1937 in die NSDAP eintrat, sondern auch bestrebt war, auf der Ebene der Stadtverwaltung das System des Maßnahmenstaates zu verankern und die rechtsstaatlichen Garantien zu beseitigen, um die Herrschaftsinteressen des Regimes durchsetzen zu können. Perels hielt es für gerechtfertigt, die Elkart-Allee umzubenennen, da er gegen den Gleichheitssatz der Weimarer Verfassung, die Eigentumsgarantie und das Recht auf Freizügigkeit der Juden verstoßen habe. Trotz eines vom damaligen Oberbürgermeister Schmalstieg von Perels erbetenen Gutachtens kam es jedoch nicht zu einer Straßenumbenennung.

Die Vita des Bremer Bürgermeisters Johann Smidt (1773-1857) ließ KONRAD ELMSHÄUSER (Bremen) fragen, inwiefern ein Antidemokrat und Antisemit Vorbild sein könne. Smidt sei als Namensgeber für Denkmäler und Straßen weithin im öffentlichen Raum präsent, doch trage die weiße Weste des Staatsmannes zwei dunkle Flecken: Er sei ein engagierter Gegner der bürgerlichen Gleichberechtigung der Juden gewesen und habe, obwohl Republikaner, aktiv die Abschaffung der ersten demokratischen Verfassung Bremens von 1848 betrieben. Erst aufgrund der 1973 erschienenen Studie „Revolution und Staatsstreich“ seien erstmals Teile der Bremer Politik auf Distanz zu ihrem Altitalianer gegangen. Fortan sei es bei der gespaltenen Erinnerung geblieben: Kritisches Interesse, aber auch Anhänglichkeit hielten bis heute an. Die Diskussion um Smidt habe in den letzten Jahren gezeigt, dass die Öffentlichkeit längst schon keine Vorbilder und Heroen mehr wolle, die man anzubeten habe. Vielfach sei sie auch bereit, Menschen, deren Handlungen nach heutigen Maßstäben keinerlei Vorbildfunktion mehr zukomme, als Teil der kollektiven und öffentlichen Erinnerung zu akzeptieren, ohne dass dies immer ein Ausdruck von schulterzuckender Gültigkeit sein müsse.

Mit dem kommunalpolitischen Wirken von Heinrich Tramm (1854-1932) in der Weimarer Republik befasste sich ANNA BERLITSCHWIGON (Minden). Sie betonte, dass die von Tramm als hannoverscher Stadtdirektor bis zu seinem Rücktritt im November 1918

betriebene Modernisierung der Stadt nichts mit der Entfaltung demokratischer Strukturen gemeinsam gehabt habe. Trammns politische Entwicklung habe ihn von den Nationalliberalen immer weiter nach rechts geführt. Nachdem er bei der Kommunalwahl 1919 einen Sitz errungen habe, habe er seiner bürgerlich-konservativen Einstellung entsprechend die Repräsentanten der neuen Ordnung bekämpft und sich zum Wortführer der Konservativen aufgeschwungen. Er habe nationalistische Grundeinstellungen vermittelt und an der Gründung der Harzburger Front teilgenommen. Seit 1916 werde direkt vor dem Rathaus mit dem Trammplatz an einen Mann erinnert, der als Stadtdirektor zwar ein Modernisierer, zugleich aber ein Unterdrücker der Demokratie und später in der Weimarer Republik einer ihrer Totengräber gewesen sei.

„Der Erinnerungskult um die Schriftstellerin Agnes Miegel und seine Problematisierung“ beschäftigte ANKE SAWAHN (Hannover). Die Werke der aus Königsberg stammenden, mit vielen Preisen und Dotationen ausgezeichneten Dichterin Agnes Miegel (1879-1964) seien von einem tief nationalistischen Gefühl geprägt. Dem NS-Regime habe sie sich mit Huldigungen für nationalsozialistische Führer und Führerinnen angedient. Miegel habe auch nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch die Wertschätzung, die ihr von den Vertriebenen entgegengebracht worden sei, starke Beachtung sowie finanzielle Unterstützung durch staatliche Stellen gefunden. In vielen Neubaugebieten seien in der Nachkriegszeit Straßen nach Agnes Miegel benannt worden. Heute polarisiere Agnes Miegel mit ihrem Werk sehr stark: Während es einerseits weiterhin anerkennende Zustimmung gebe, werde sich andererseits kritisch mit ihrer Haltung in der NS-Zeit auseinandergesetzt. Dies habe zur Umbenennung fast aller nach ihr benannten Schulen und vieler nach ihr benannten Straßen geführt.

Eine ähnliche Debatte wird nach der Vorlage des Abschlussberichts der Historischen Kommission über „Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter“² auch um den Bevenser Bürgermeister, Landtagsabgeordneten und Bundesvorsitzenden des Reichsbunds der Kriegs- und Zivilbe-

schädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen Hermann Meyer (1923-1995) geführt. Als ihm nachgewiesen werden konnte, Mitglied der Waffen-SS und Angehöriger einer Kraftfahrereinheit im KZ Buchenwald gewesen zu sein, beauftragte die Stadt Bevensen ANNEKE DE RUDDER (Hannover) mit einer Untersuchung. Sie kam zu dem Ergebnis, dass Meyer nicht zu den Wachmannschaften im KZ Buchenwald gehört habe. Ihm hätten auch keine Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden können. Er habe aber als Angehöriger der SS-Leibstandarte Adolf Hitler 1943 an der als besonders brutal geltenden Schlacht in Charkow in der Ukraine teilgenommen. Seine NS-Geschichte stehe also neben seiner späteren Karriere als demokratischer Politiker in der Bundesrepublik.

Wie es dann in den Umbenennungsdebatten zum „Verschwinden der Opfer und dem Aufrechnen von Schuld“ kommt, zeigte JENS BINNER (Jena) am Fall des Peiner Bürgermeisters und niedersächsischen Justiz- und Kultusministers Richard Langeheines (1900-1995) auf, nach dem eine Peiner Straße benannt ist. Der Abschlussbericht der Historischen Kommission habe belegt, dass Langeheine 1933/34 Kreisleiter und Oberbürgermeister in Stolp gewesen sei. Binner bedauerte, dass in den Debatten die Opferperspektive kaum Berücksichtigung finde. Dabei müsse im Zentrum aller Überlegungen die Frage stehen, wie die Entscheidungen über das Für und Wider von Umbenennungen auf die Überlebenden und ihre Nachkommen wirkten und ob ihren Interessen Rechnung getragen werde. In der Peiner Diskussion werde zwar von Schuld und Verstrickung gesprochen, doch dienten diese abstrakten Begriffe dazu, das Thema auf Distanz zu halten. Der Diskurs bleibe rein täterzentriert mit einer zunehmenden Tendenz zur Aufrechnung, bei der einer oberflächlichen Schilderung des Verhaltens in der NS-Zeit eine detaillierte Auflistung der Tätigkeiten nach 1945 gegenübergestellt werde.

Während in den meisten Kommunen nur Einzelfälle diskutiert werden, hat die Stadt

²Der Bericht „Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter“ zum Download: <http://www.landtag-niedersachsen.de/download/29627/Bericht_Historische_Kommission.pdf>, (27.6.2014).

Oldenburg, wie DIETMAR VON REEKEN (Oldenburg) berichtete, der Carl von Ossietzky Universität den Auftrag erteilt, alle Straßennamen darauf hin zu untersuchen, ob bei den auf diese Weise geehrten Personen eine NS-Verstrickung vorliege. Dies betreffe alle nach 1930 gestorbenen Personen, nach denen Straßen benannt seien. Es habe sich um insgesamt mehr als 200 Personen gehandelt, von denen 74 intensiver untersucht worden seien. Für sie habe man den Stand der Forschung dokumentiert.³ Bewusst sei die Entscheidung getroffen worden, in der Studie nicht zu bewerten, um nicht durch den Bewertungsprozess dem öffentlichen Diskurs vorzugreifen. Die Studie zielt auch nicht auf eine Umbenennung von Straßen ab, sondern es gehe um die Initiierung eines Prozesses.

Dass es sich bei Hinrich Wilhelm Kopf um einen „Landesvater mit braunen Flecken“ handelt, machte TERESA NENTWIG (Göttingen) deutlich. In ihrer Dissertation hatte sie nachgewiesen, dass Kopf 1941/42 eine der Außenstellen der Haupttreuhandstelle Ost in Kattowitz geleitet hatte, die die wirtschaftliche „Germanisierung“ der eingegliederten Ostgebiete verfolgte. Andererseits seien Kopf in der Nachkriegszeit viele Persilscheine ausgestellt worden, in denen ihm bescheinigt worden sei, seine beschränkte Amtsgewalt genutzt zu haben, um Bedrängten zu helfen. Die Auseinandersetzung über Kopf werde dadurch erschwert, dass er in der Nachkriegszeit an exponierter Stelle am demokratisch-institutionellen sowie am wirtschaftlich-materiellen Wiederaufbau mitgewirkt und eine zentrale Rolle bei der Gründung des Landes Niedersachsen gespielt habe.

Der vom Ältestenrat des Landtags um eine Stellungnahme in Sachen Kopf gebetene THOMAS VOGTHERR (Osnabrück) betonte, dass die Landesgeschichte anlassbezogen von der Politik gefragt werde, wobei schnelle, plakative Antworten erwartet würden. Dies sei etwas völlig anderes als ein eher mittel- und langfristig strukturierter fachwissenschaftlicher Diskurs. Pflicht der Landesgeschichte sei es, die Einordnung solcher anlass- und personenbezogener Debatten in übergreifende Forschungsdiskurse deutlich zu machen. Für die Landesgeschichte gelte es zu ermitteln so-

wie Zahlen, Daten und Fakten zusammenzutragen, nicht aber zu richten. Die Landesgeschichte nehme also den Status des Sachverständigen ein. Entscheidungen würden andere Institutionen fällen, die entsprechend demokratisch legitimiert seien.

Die Tagung machte deutlich, dass solche Diskussionen, die sich hauptsächlich mit gebrochenen Biografien beschäftigen, nicht enden können. Da Maßstäbe für Ehrungen historisch gewachsen sind und sich verändern, kommt es darauf an, Prozesse zu initiieren und am Laufen zu halten. Dabei ist zu beachten, dass Umbenennungen in kulturgeschichtliche und gesellschaftliche Zusammenhänge eingreifen und sie gegebenenfalls zerstören. Eine *Damnatio memoriae* ist zu vermeiden, sondern es muss Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Konferenzübersicht:

Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover), Einführung

Matthias Frese (Münster), Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur? – Grundsätzliche Überlegungen und aktuelle Erfahrungen aus Westfalen

Claudia Fröhlich (Hannover), Theodor Eschenburg und die aktuelle Debatte in der Politikwissenschaft

Petra Spona (Lübbecke), Städtisches Gedenken zwischen Herrschaftspolitik und Orientierungspraxis – Hannover im Nationalsozialismus

Joachim Perels (Hannover), Machtträger der NS-Diktatur als Namensgeber in der Nachkriegsdemokratie

Johanna Sänger (Leipzig), Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR

Konrad Elmshäuser (Bremen), Ein Antidemokrat und Antisemit als Vorbild? – Die Freie Hansestadt Bremen und ihr Bürgermeister Johann Smidt (1773-1857)

Anna Berlit-Schwigon (Minden), „König Heinrich“ und die Demokratie – Hein-

³Die Studie zum Download: <http://www.oldenburg.de/fileadmin/oldenburg/Benutzer/PDF/30/Dokumentation_Oldenburger_Strassennamen_Endfassung_6.No_.pdf>, (27.6.2014).

rich Tramm als Kommunalpolitiker in der Weimarer Republik

Anke Sawahn (Hannover), Der Erinnerungskult um die Schriftstellerin Agnes Miegel und seine Problematisierung

Anneke de Rudder (Hannover), Die Debatte um den Bevensener Bürgermeister Hermann Meyer

Jens Binner (Jena), Vom Verschwinden der Opfer und dem Aufrechnen von Schuld – Umbenennungsdebatten in Peine

Dietmar von Reeken (Oldenburg), Geschichtswissenschaft im Erinnerungskonflikt – Die laufende Debatte über Straßenumbenennungen in Oldenburg

Teresa Nentwig (Göttingen), Ein Landesvater mit braunen Flecken – Die Debatte über Hinrich Wilhelm Kopf

Thomas Vogtherr (Osnabrück), Impuls-Statement – Was kann die Landesgeschichte zu den Debatten um fragwürdige Ehrungen beitragen?

Podiums- und Plenumsdiskussion

Tagungsbericht *Fragwürdige Ehrungen?! – Die Neubewertung historischer Persönlichkeiten und die Umbenennung von Straßen und Preisen als Ergebnis von erinnerungskulturellen Debatten*. 16.11.2013, Hannover, in: H-Soz-Kult 30.06.2014.